

...damit dem Kaiser gegeben werde, was des Kaisers ist — das Rommankum und dem Reichstage, was des Reichstages ist — die Verwaltung. (Beifall.)

Nach einer kurzen persönlichen Bemerkung des Abg. v. Karborst schließt die Debatte.

Der Reichstag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und anderer Liberalen des Centrums angenommen. (Der Reichstag verläßt den Saal.)

Der Reichstag des Reichstags wird ohne Diskussion gemäß dem Antrag der Budgetkommission angenommen.

Ebenso wird der Belehntentwurf über die Privatbanktraktat in dritter Beratung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes, betrie die Aufhebung des Weinmonopols beim Spiritus.

Abg. Miquel (nl.) spricht die Hoffnung aus, daß das Ergebnis der Untersuchungen, die durch dieses Gesetz eingeleitet worden sind, hauptsächlich im Laufe der Zeit ein voll befriedigendes sein werde, und bittet die Regierung im Aufsatze, wie sie über das weitere Vorgehen in dieser Frage den Reichstag in Kenntnis zu setzen.

Staatssekretär v. Boetticher: Die Regierung werden die Untersuchungen, ein zweckmäßiges Reinigungsverfahren ausfindig zu machen, fortsetzen, und wenn das Material dahin führen sollte, ein wirklich zweckmäßiges und unbedenkliches Verfahren zu entdecken, dann werden die Bestimmungen des Gesetzes zurückzuführen.

Abg. Graf Pirbich (kon.) stimmt den Ausführungen des Abg. Miquel bei.

Abg. D. Witte (br.) erinnert daran, daß die freisinnige Partei Verheißungen über die Durchführung des im Gesetz eingeschriebenen Verfahrens abgegeben, damit aber keinen Anlaß gefunden habe, und theilt im übrigen die Hoffnung des Hrn. Staatssekretärs.

Die Vorlage wird angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Dritte Beratung des Nachtragsetzes, zweite Beratung des Genossenschaftsgesetzes.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

(Bericht der Saale-Stg.)

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung am 21. März, 11 Uhr.

Das Haus beauftragt das Präsidium, aus Anlaß der Entscheidung der Prinzessin Heinrich von einem Sohne, dem Kaiser, sowie dem Prinzen Heinrich seine Glückwünsche zu überbringen. Es folgt die dritte Beratung des Etats.

In der Generaldebatte bemerkt:

Abg. Rixter (br.): Wenn wir uns bei der dritten Beratung des Etats diesmal nicht in einer Brunnslage befinden, so würden wir es für unsere Pflicht erachten, verschiedene Fragen wieder aufzunehmen, welche in der zweiten Lesung nach unserer Überzeugung nicht hinreichend diskutiert worden sind. Ich rechne dazu die Fragen, welche die Verwaltung des Reiches betreffen. Wir hätten in dieser Beziehung eine Reihe von Punkten zur Sprache zu bringen, welche nach unserer Überzeugung nicht hinreichend erörtert worden sind. Die Bestimmungen der Verfassung aber, welche verlangt, daß der Etat vor dem 1. April fertiggestellt werde, die uns so wichtige für alle Faktoren der Gesetzgebung, daß wir mit ganzer Kraft dahin streben müssen, ihr Genüge zu leisten. Dies und die Wichtigkeit aus dem Streben, das wir wenigstens eine Anzahl von Tagen zur Entscheidung gewähren müssen, hat uns denogen, von allen nicht notwendigen Erörterungen bei der dritten Lesung Abstand zu nehmen. Ich werde auch Abstand nehmen, die Anträge von der zweiten Lesung bezüglich der Disposition im Reichsstat und einzelne Bemerkungen anbringen. Ich überlasse das die Zukunft. Wir werden uns unbedingt erforderliche Dinge, z. B. bei dem Ministerium des Innern und dem des Kultus zur Sprache bringen. Wir möchten bitten, daß die anderen Parteien ebenso verfahren; dann halten wir es für möglich, daß heute noch die dritte Beratung des Etats zum Abschluß kommt. (Beifall links.)

Abg. Graf Vimbarda (kon.): Meine politischen Freunde werden davon absehen, diejenigen Anträge, welche sie in der zweiten Lesung gemacht haben, jetzt wieder aufzunehmen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß man nicht mit Sicherheit eine Fortdauer der augenblicklich gültigen Verhältnisse erwarten kann. Wir haben bereits im weitesten Sinne, die zu Erneuerung der Erbprinzen der Kaiserlichen Familie sich bedeutend gegeben haben. Wir dürfen aber nicht darauf rechnen, daß diese Erneuerung später auf gleicher Höhe bleiben werden. Daher ist die größte Vorsicht bei der Feststellung des Etats für das nächste Jahr geboten.

Eine solche Warnung ist vonnöthen, weil aufgrund der günstigen Finanzlage in der zweiten Lesung eine Anzahl von überhöhten Forderungen an die Regierung gestellt haben, die zu Mehrtausgaben drängen, und ich möchte ein für alle male konstatieren, daß diese Ausgaben keineswegs ohne Widerspruch erfolgt sind.

In nächsten Etat werden uns in Ausgaben in großer Zahl beizugehen, welche für den Etat der Reichsstat, welche das höchste Schuldenvermögen bei der Möglichkeit in jeder Hinsicht sind. Wir wollen alle die Ausgaben befreiten, welche die Kultur- und materielle Entwicklung unseres Volkes fordert. Aber auf der anderen Seite muß bei allen diesen Ausgaben auch die nötige Sparsamkeit walten, und vor allen Dingen muß man der jetzt herrschenden Tendenz in Ausgaben entgegenwirken. (Beifall rechts.)

Abg. D. Hammer (nl.): Auch meine Freunde und ich sind der Meinung, daß es mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses nicht geboten ist, heute in eine allgemeine Beratung einzutreten. Ich theile die Meinung des Herrn Rixter, daß namentlich der Eisenbahnetat bei der zweiten Lesung viel zu kurz gekommen ist, daß es dem Interesse des Landes und dem Ansehen des hohen Hauses nicht entspricht, diesen hochwichtigen Etat in der Weise zu behandeln, wie es geschehen ist. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, das hohe Haus wird in der nächsten Session bereit sein, für eine gründlichere Vorbereitung des Eisenbahnetats zu sorgen und den von uns nach dieser Richtung vergeblich gestellten Forderungen nachzugeben. (Widerpruch rechts.) Wenn wir uns entschließen, eine eigene Eisenbahn-Kommission einzusetzen, werden wir die Hoffnung haben, den Eisenbahnetat in Zukunft mit der erforderlichen Gründlichkeit durchzuarbeiten. (Beifall links.)

Abg. W. Lindorf (Centrum): Meine Freunde und ich hätten, obwohl allgemein als speziell Wünsche vorzutragen. Über der Reichsrechnung der Verwaltung werden wir uns im Voraus aber nicht einlassen und uns nur auf einzelne Bemerkungen beschränken. Wenn die Herren Vorredner zur Sparsamkeit gemacht haben, so haben wir das immer gethan und brauchen das heute nicht zu wiederholen; interessant ist es aber, daß man zur Sparsamkeit dort zu streben, wo man überhaupt nicht gethan hat. Warum werden diese Erörterungen gemacht, die dazu führen, dass unsere Finanzlage dauernd zu machen. Denn die guten Jahre werden nicht immer wieder. Der Antrag wurde uns dazu Gelegenheit geben.

Darauf wird die Generaldebatte geschlossen.

In der Spezialdebatte werden dreizehn Artikel des Etats des Finanzjahres 1893/94 in 2. und 3. Lesung verhandelt.

Bei dem Etat der Forsten bemerkt:

Abg. Lamprecht (kon.), daß den kleinen Landwirten nicht mehr hinreichend Waldstreu verabschiedet werde.

Beim Etat der direkten Steuern richtet:

Abg. D. Hammer (nl.) die Anträge an den Finanzminister, ob und wann die Aufsicht genommene Reform der direkten Steuern erfolgen werde.

Finanzminister v. Scholz: Die Staatsregierung hat selbstverständlich den lebhaftesten Wunsch, das in der Chronik angegebene Gesetz sobald wie möglich dem Hause vorzulegen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß aber prinzipielle Punkte ein Einverständnis des königlichen Staatsministeriums schon vorher bestanden hat. Bei der großen Schwierigkeit der Materie würde es an sich nicht anständig sein, wenn trotz prinzipieller Einverständnisses über verschiedene Punkte die schließliche Entscheidung der Regierung notwendig wird. Auch äußerlich kommt hinzu, daß manche Umstände sich in der Zeit wesentlich verändert haben, welche den schnellen Abschluß noch etwas hinauszuziehen nöthigen. Jedenfalls kann ich die Hoffnung ausdrücken, daß es der Staatsregierung gelingen wird, noch im Laufe der gegenwärtigen Session dieses in Aussicht zu nehmen, was nicht glauben, daß wir uns, wenn jetzt noch einige Zeit hingezogen, im Sommer mit diesem Gesetz beschäftigen sollen. Meine Freunde und ich haben gar keine so große Eile mit diesem Gesetz. Wenn es so ausfällt, wie das frühere Entwurfentwurfes, so glaube ich, dürfen wir uns darüber freuen, wenn das Gesetz so spät wie möglich vorgelegt wird. (Beifall links, Anrufe rechts.)

Abg. D. Hammer (nl.): Die Erwägungen des Abg. Rixter scheinen mir sehr berührt zu sein. Sie enthalten ein Urtheil über ein Gesetz, welches er noch nicht kennt. Selbstverständlich wird jeder von uns sich nicht für berechtigt halten, über die Absichten der Regierung zu urtheilen, so lange dieselben uns nicht vorliegen. Ich kann mir neuer Hoffnung Ausdruck geben, daß das in der Chronik angegebene Gesetz von der Regierung noch so zeitig vorgelegt wird, daß wir in der Lage sind, es vor unserem Auseinandergehen verhandeln zu können. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der indirekten Steuern.

Beim Etat der Lotterieverwaltung scheidet:

Abg. Krich (kon.) Klage über den mit den preussischen Posten getriebenen Zwischenhandel. Die Spieler seien der Diskretion der Privatkollektoren völlig anheimgegeben, zumal beim Kauf der sogenannten Glückstafeln, und hauptsächlich werde der kleine Mann dadurch herabgebracht, daß er seine Mittel nicht vernünftig einsetzt, als ob es sich um eine einfache Kollekte handle. Dagegen den amtlichen Collectoren der Verkauf von Loosen an Privatcollektoren streng verboten sei, fanden sich doch in allen Städten, den geistlichen nicht ausgenommen, willige Mittelspersonen, die die Hand dazu böten. Dessen Zuständen gegenüber richtete Rixter an, daß die Verwaltung geneigt sei, ein Gesetz zur Einziehung des Zwischenhandels zu erlassen.

Abg. H. Schatz (nl.) erwirbt, es hätte Erwägungen innerhalb der Regierung über den Erlaß eines solchen Gesetzes stattgefunden; bisher sei jedoch die Frage der Zulässigkeit mit den Einzelstaaten noch nicht entschieden.

Abg. v. Schlichting (nl.) sagt über die Mittelstände, die sich bei der Abhaltung der Vorterritorien Angehörigen befinden, und fragt an, ob eine geheime Institution hierüber bestünde.

Geheimrath Marciniowski erwirbt, die Anstellung erfolge aufgrund der Verordnung vom 1. März; eine geheime Institution bestünde nicht.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat der Seehandlungskontrolle und der Münzverwaltung.

Beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung fragt:

Abg. D. Ritter (br.) an, ob die Aufhebung der Bergwerkssteuer demnach zu erwarten sei.

Geheimrath Schyner erwirbt, die Verhandlungen darüber seien in bestem Gange, bisher aber noch nicht zum Abschluß gelangt.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung bemerkt:

Abg. Berger (Witten) (lib.): Es ist zu bedauern, daß dieser Etat so häufig bei den Herren nicht, was eine Minute Zeit für die Staatsverwaltung gewinnbringend zu sein. (Beifall rechts.) Ferner bittet ich um die Abstellung verschiedener Mängel im Personenverkehr, wo viele Entstellungen billiger sind als fürzere.

Geheimrath Stelc erwirbt, vom 1. April ab werde mit dem vereinfachten Tarif Abstellung erfolgen.

Abg. Krich (kon.) führt vor, daß der Reichsbahn durch die Eisenbahnverwaltung gemacht werde.

Der Etat wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Etats, darunter der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, nach welchem der Materialbeitrag sich beläuft auf 134,259,997 M.

Bei dem Etat der Bauverwaltung fragt:

Abg. G. Müller (Centrum) an, ob die Regierung bei der Steigerung der Eisenbahnen, der oberen Ober- und unteren unteren Förderung befreit, daß das Terrain von den Interessenten bereitgestellt werde. Der Provinzial-Landtag hat diese Forderung abgelehnt.

Abg. G. Müller erwirbt, daß die Verhandlungen mit dem Landtag noch nicht endgültig zum Abschluß gekommen seien.

Beim Etat des Ministeriums des Innern erwirbt:

Abg. G. Müller (nl.) eine neue Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Minister Herrfurth entgegnet, daß die Regierung das Bedürfnis anerkenne, daß aber die Erlaubung, welche sie mit einer befristeten Vorlage gemacht habe, sie nicht erlauben könne, die Vorlage jetzt zu wiederholen. Die damalige Vorlage sei nach dem Widerspruch des Abgeordneten des Reichstages abgelehnt worden. Sollten jetzt die Vertreter Wiesbadens anderer Meinung sein, so könne die Vorlegung eines Entwurfs in der nächsten Session in Erwägung gezogen werden.

Abg. W. Müller (br.) ist der Meinung, daß der Wunsch nach einer neuen Städteordnung von einem nicht sehr erheblichen Theile der Stadt Wiesbaden getheilt werde. Die bisherige Städteverwaltung habe sich ganz gut bewährt.

Abg. v. Gernern (nl.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß ein Mitglied der freisinnigen Partei einen Antrag ertheilte, bei welchem ganze Bevölkerungstheile von dem Gemeindewohlrechte ausgeschlossen seien. Wenn auch nicht für die Stadt Wiesbaden, so sei doch für den Regierungsbezirk eine neue Kommunalordnung notwendig. Die Abwehr würde daraus die Lehre ziehen können, daß die Nationalliberalen weit besser für ihre Rechte streiten.

Abg. D. Ritter (br.) weist darauf hin, daß jeder Einwohner des Reiches Wiesbaden, für einen Freisinnigen, der sich Wiesbaden bezieht, von dem angeregten Urtheile leicht ein Ende gemacht werden könne.

Abg. Rixter (br.): Herr v. Gernern hat wieder einmal eine feine Redeweise gehalten. Das ist doch etwas trübselig, denn nach der Verfassungskommission, die Sie beschließen haben, sind die Wahlen doch erst in vier Jahren. Sie haben doch die Verfassungsänderung damit befristet, daß, wenn die Wahlen erst in fünf Jahren stattfinden, damit die Verfassungskommission beschaffen werden durch Wahlbestimmungen und Empfehlungen. In Bezug auf Herrn v. Gernern habe ich diese Voransetzungen über die Veränderung der Wahlperiode gar nicht bedauert. (Anrufe rechts.)

Es thun gerade so, als ob es sich darum handelte, eine ideale, vollkommenste Städteordnung anzufertigen, welche veraltet zu bestimmen. Warum handelt es sich nicht um ein Gesetz, das die Verhältnisse der reaktionären Nachwelt, unsere geliebte preussische Städteordnung von 1853, einführt, dieses Produkt der Landratskammern mit allen ihren Schwelgereien und Unvollkommenheiten. (Große Anrufe rechts.) Denn gegenüber will man in Wiesbaden über in Aussicht stehen beim Alten bleiben, weil man fürchtet, aus dem Augen in die Zukunft zu kommen. Sollten Sie es nicht eine vernünftige liberale Städteordnung, dann werden die Vertreter der freisinnigen Partei die ersten sein, die sie auch in Wiesbaden einführen werden.

Abg. Berger (Witten) macht darauf aufmerksam, wie vorzuziehlich seien die Debatte verlaufen ist, ohne jegliche Nebenrede. (Beifall rechts.) Sodann vertheidigt er wieder das Verhalten der Mitglieder des Hauses gegen den Antrag der Freisinnigen über die Aufhebung des Landesmonopols.

Minister Herrfurth stellt in Abrede, daß er persönlich jemand habe verlegen wollen.

Abg. W. Müller (br.): Ich kann Herrn v. Gernern nur erwidern, daß ich hier nicht vom Parteipunkte, sondern lediglich als Vertreter der Stadt Wiesbaden gesprochen habe, deren Wohl mir sehr am Herzen liegt.

Abg. v. Gernern (nl.): Herr Rixter ist ja sehr selten hier im Hause, und ich bin erkrankt, ihn einmal wieder zu sehen. In den paar Wahlen aber, wo er hier war, hat seine Fähigkeit nur darin bestanden, Reden zu halten. Wenn er übrigens meine Reden gehört, daß sie doch nicht; nicht für die aber, so würde es mich freuen. Herr Rixter mag nur leben, ob meine Rede nicht für die Reichstagsdebatten wirken wird. Die Bevölkerung von Wiesbaden wird dann nach zur Verfügung darüber kommen, was sie dem eigentlich an den freisinnigen Vertretern mit ihren Verfassungskommissionen hat. (Anrufe links.)

Abg. Rixter: Sie sehen, daß ich Herrn v. Gernern richtig erkannt habe. Wenn ich ihn auch nicht sehen werde, so er ist nicht hier ist und manchmal infolge anderweitiger Geschäfte innerhalb Berlins ist, so lese ich doch, daß er sich nicht verändert hat, wenn er einmal eine Diskussion mit mir hat. Wenn er auf die Reichstagsdebatten hinweist, so spielen die Nationalliberalen da nur eine Rolle, denn der Präsident und die Landräthe, die ihnen folgen, diese die Regierungsbildung haben sie bei den Wahlen in Wiesbaden eben so wenig zu bedeuten, wie bei vielen anderen Wahlkreisen. (Anrufe bei den Nationalliberalen.)

Abg. Friedberg: Herr Rixter entgegnet ich, daß eine Partei, die von der Gnade des Centrums und der Sozialdemokraten abhängt, die Ursache hat, dergleichen Anpassungen zu unterlassen. (Anrufe links.)

Abg. Rixter: Wenn Herr Friedberg weiter nichts vorbringt, als das, was man in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, und in der Westfälischen Zeitung liest, dann thäte er besser, den Mund zu halten.

Abg. Friedberg: Wenn das Maß der Bedeutung eines Abgeordneten hinsichtlich ist, kann ich allerdings Herrn Rixter sehr unter; aber daß das Maß seiner Höflichkeit zu erreichen, ist allerdings unmöglich. (Anrufe links.)

Abg. Rixter: Ich habe diese Debatte überhaupt nicht bekommen, sondern bin provokiert durch Ausrufen der Sache lebendige Ausprägungen des Herrn v. Gernern. Wenn ein Nationalliberal eine solche Debatte in der Reichstagsdebatte, die die Wohlthat, so zu antworten, wie es in den Wahlen hineinfallt.

Abg. Friedberg: Die Ausrufung, daß die Gegner des Herrn Rixter hier weiter nichts sagen, als was in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung steht, habe ich schon mehrmals gehört. Ich glaube, Herr Rixter thäte auch besser, wenn er weiter nichts zu sagen hat, den Mund zu halten.

Abg. Rixter: Ich habe nicht von den Gegnern von mir geäußert, sondern nur von dem Herrn Herr Friedberg, und von meinen Gegnern ist er den unbedeutendsten. (Beifall rechts.)

Abg. Rixter (br.): Ich möchte doch den Abg. Berger davon warnen, in einer so beifälligen Bemerkung eine Einrichtung, wie unsere Nebenredaktion, abzuthun. Die Beibehaltung dieser Nebenredaktion liegt sowohl im Interesse des Präsidiums, als auch der Redner.

Ich möchte mir sodann erlauben, Ihre Aufmerksamkeit zu ertheilen für eine Angelegenheit, die in der Sitzung in sehr weiten Kreisen unseres Vaterlandes die weitestgehende Aufmerksamkeit und Erregung hervorgerufen hat. (Anufe rechts und Anrufe.) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich will. (Anufe rechts.) Ich bin ja allerdings darauf vorbereitet, was von Ihnen die Sache behandelt werden wird, niederzulegen werden Sie mich nicht. Ich werde Ihnen eine Reihe von Fragen anstellen, die die Meinung, (Abg. Anufe rechts.) Ich glaube, daß gerade wir in diesem hohen Hause die größte Verantwortung haben, den Fall zur Sprache zu bringen, weil wir die Ehre haben, bei den Einkäuferverbindungen den Gehalt anderer Polizeibehörden, den Herrn Minister des Innern von Bremen, vor uns zu legen.

Ich erlaube mir für das Sozialistengesetz die unmittelbare Aufsicht, und auch die Bekleidungsangelegenheit, er hat also die Entscheidung über die Behörde, welche ihm als Ressortchef des Innern zugehen. Eine solche Bekleidungsangelegenheit ist vorgelegt an den Minister des Innern bereits eingegangen, und wird wohl im Heftige derselben sein; ob er darauf Bekleidungsangelegenheit, was nicht möglich ist. Das aber der Minister des Innern im höchsten amtlichen Staatsminister, der mit dem Bewusstsein ist, sich mit diesen Dingen befaßt und befaßt werden muß, hat noch ein Beispiel aus früherer Zeit geführt. Im Oktober 1887 erfolgte die Bekleidungsangelegenheit der freisinnigen „Einsparner Zeitung“, auch da hat der frühere Minister, Herr v. Büttner, es für seine Pflicht gehalten, vor dem Reichstage der Bekleidungsangelegenheit, wie sie dem Sozialistengesetz in der Sitzung vorgelegt wurde, die dortigen Landespolizeibehörden anzuweisen, daß gegen die „Einsparner Bg.“ ausgeprochene Verbot auszusprechen. Wir sind der Meinung, daß der Fall, der jetzt hier in Berlin sich abspielt, nicht, mindestens ebenso geeignet ist zum Eingreifen des Herrn Ministers, wie jener damalige.

Es habe Parteiangelegenheit die „Volkszeitung“ gehört beizugehen politischen Richtung, welche ich zu vertreten die Ehre habe, ausgeprochenem nicht an. (Abg. Anufe rechts.) Ich weiß nicht, was es bedeuten soll, wenn Sie diese Bekleidungsangelegenheit mit Grund widersprechen wird, und einem solchen unqualifizierten Sachen begreifen. Ich möchte Sie wirklich bitten, die Sache ernst zu nehmen; denn sie ist ernst genug, um Ihnen, wenigstens die Angelegenheiten aufzuklären. Es handelt sich also nicht um eine Parteisache. Die „Volkszeitung“ hat uns abgelehnt, und wir lehnen sie ab. Ich habe am weitesten Grund, irgend welche Sympathien mit der Tonart und dem gungen politischen Gehaltung dieses Berliner Blattes zu haben. Ich selbst bin wiederholt in der schärfsten Weise in der Berliner „Volkszeitung“ und auch in der letzten Zeit wegen meines gungen politischen Verhaltens in Gegenwart und Vergangenheit angegriffen worden. Aber ich vermage mir in diesem Augenblicke, das anzusehen, was ich gegen die „Volkszeitung“ in politischer Beziehung zu sagen hätte, weil ich sehe, daß ihr ein schreiendes Unrecht geschieht, und wenn das der Fall ist, läßt man keine Kritik einer Partei, die die Befugnisse der Befugnisse hat, auch nicht weniger, nicht eine Kritik des Sozialistengesetzes. Ich habe die Pflicht, die Frage streng an dem Boden des Sozialistengesetzes zu behandeln. Nur die verhängnisvollen Folgen dieses Gesetzes, über welches wir uns in nächster Zeit im Reichstage ja näher unterhalten werden, will ich nicht erheben. Wir können den Zeitpunkt heran, wo dieses Sozialistengesetz aufgehoben wird. Aber in diesem Augenblicke will ich mich mit der Debatte nicht beschäftigen lassen, auf dem Boden dieses Gesetzes stellen und von ihm diejenigen Maßregeln beurtheilen, welche die „Volkszeitung“ betroffen haben.

Ich möchte diejenigen Herren, welche nach mir reden wollen, bitten, nicht Dinge in die Debatte einzubringen, die nicht streng zur Sache gehören. (Anufe rechts.) Der Artikel vom 9. März hat in den westlichen Kreisen eine wohlthätige Wirkung erzeugt. Ich bin sehr dankbar, daß die Westfälische Zeitung, die sich mich diesem Eindruck in keiner Weise entziehen kann. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich aber einfach um die Thatsache, welche der Grund zum Recht gewesen ist. Am 17. März hat der Polizeipräsident v. Reichthofen den Redacteur der „Volkszeitung“ benachrichtigt, daß er aufgrund des § 11 Absatz 1 und 2 des Reichsgesetzes vom 21. Okt. 1878 die Nummer 75 des Blatts der „Volkszeitung“ wegen eines Artikels „Ein Gebrauchs-

freisinnigen Partei die ersten sein, die sie auch in Wiesbaden einführen werden.

Abg. Berger (Witten) macht darauf aufmerksam, wie vorzuziehlich seien die Debatte verlaufen ist, ohne jegliche Nebenrede. (Beifall rechts.) Sodann vertheidigt er wieder das Verhalten der Mitglieder des Hauses gegen den Antrag der Freisinnigen über die Aufhebung des Landesmonopols.

Minister Herrfurth stellt in Abrede, daß er persönlich jemand habe verlegen wollen.

Abg. W. Müller (br.): Ich kann Herrn v. Gernern nur erwidern, daß ich hier nicht vom Parteipunkte, sondern lediglich als Vertreter der Stadt Wiesbaden gesprochen habe, deren Wohl mir sehr am Herzen liegt.

Abg. v. Gernern (nl.): Herr Rixter ist ja sehr selten hier im Hause, und ich bin erkrankt, ihn einmal wieder zu sehen. In den paar Wahlen aber, wo er hier war, hat seine Fähigkeit nur darin bestanden, Reden zu halten. Wenn er übrigens meine Reden gehört, daß sie doch nicht; nicht für die aber, so würde es mich freuen. Herr Rixter mag nur leben, ob meine Rede nicht für die Reichstagsdebatten wirken wird. Die Bevölkerung von Wiesbaden wird dann nach zur Verfügung darüber kommen, was sie dem eigentlich an den freisinnigen Vertretern mit ihren Verfassungskommissionen hat. (Anrufe links.)

Abg. Rixter: Sie sehen, daß ich Herrn v. Gernern richtig erkannt habe. Wenn ich ihn auch nicht sehen werde, so er ist nicht hier ist und manchmal infolge anderweitiger Geschäfte innerhalb Berlins ist, so lese ich doch, daß er sich nicht verändert hat, wenn er einmal eine Diskussion mit mir hat. Wenn er auf die Reichstagsdebatten hinweist, so spielen die Nationalliberalen da nur eine Rolle, denn der Präsident und die Landräthe, die ihnen folgen, diese die Regierungsbildung haben sie bei den Wahlen in Wiesbaden eben so wenig zu bedeuten, wie bei vielen anderen Wahlkreisen. (Anrufe bei den Nationalliberalen.)

Abg. Friedberg: Herr Rixter entgegnet ich, daß eine Partei, die von der Gnade des Centrums und der Sozialdemokraten abhängt, die Ursache hat, dergleichen Anpassungen zu unterlassen. (Anrufe links.)

Abg. Rixter: Wenn Herr Friedberg weiter nichts vorbringt, als das, was man in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, und in der Westfälischen Zeitung liest, dann thäte er besser, den Mund zu halten.

Abg. Friedberg: Wenn das Maß der Bedeutung eines Abgeordneten hinsichtlich ist, kann ich allerdings Herrn Rixter sehr unter; aber daß das Maß seiner Höflichkeit zu erreichen, ist allerdings unmöglich. (Anrufe links.)

Abg. Rixter: Ich habe diese Debatte überhaupt nicht bekommen, sondern bin provokiert durch Ausrufen der Sache lebendige Ausprägungen des Herrn v. Gernern. Wenn ein Nationalliberal eine solche Debatte in der Reichstagsdebatte, die die Wohlthat, so zu antworten, wie es in den Wahlen hineinfallt.

Abg. Friedberg: Die Ausrufung, daß die Gegner des Herrn Rixter hier weiter nichts sagen, als was in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung steht, habe ich schon mehrmals gehört. Ich glaube, Herr Rixter thäte auch besser, wenn er weiter nichts zu sagen hat, den Mund zu halten.

Abg. Rixter: Ich habe nicht von den Gegnern von mir geäußert, sondern nur von dem Herrn Herr Friedberg, und von meinen Gegnern ist er den unbedeutendsten. (Beifall rechts.)

Abg. Rixter (br.): Ich möchte doch den Abg. Berger davon warnen, in einer so beifälligen Bemerkung eine Einrichtung, wie unsere Nebenredaktion, abzuthun. Die Beibehaltung dieser Nebenredaktion liegt sowohl im Interesse des Präsidiums, als auch der Redner.

Ich möchte mir sodann erlauben, Ihre Aufmerksamkeit zu ertheilen für eine Angelegenheit, die in der Sitzung in sehr weiten Kreisen unseres Vaterlandes die weitestgehende Aufmerksamkeit und Erregung hervorgerufen hat. (Anufe rechts und Anrufe.) Sie wissen ja noch gar nicht, was ich will. (Anufe rechts.) Ich bin ja allerdings darauf vorbereitet, was von Ihnen die Sache behandelt werden wird, niederzulegen werden Sie mich nicht. Ich werde Ihnen eine Reihe von Fragen anstellen, die die Meinung, (Abg. Anufe rechts.) Ich glaube, daß gerade wir in diesem hohen Hause die größte Verantwortung haben, den Fall zur Sprache zu bringen, weil wir die Ehre haben, bei den Einkäuferverbindungen den Gehalt anderer Polizeibehörden, den Herrn Minister des Innern von Bremen, vor uns zu legen.

Ich erlaube mir für das Sozialistengesetz die unmittelbare Aufsicht, und auch die Bekleidungsangelegenheit, er hat also die Entscheidung über die Behörde, welche ihm als Ressortchef des Innern zugehen. Eine solche Bekleidungsangelegenheit ist vorgelegt an den Minister des Innern bereits eingegangen, und wird wohl im Heftige derselben sein; ob er darauf Bekleidungsangelegenheit, was nicht möglich ist. Das aber der Minister des Innern im höchsten amtlichen Staatsminister, der mit dem Bewusstsein ist, sich mit diesen Dingen befaßt und befaßt werden muß, hat noch ein Beispiel aus früherer Zeit geführt. Im Oktober 1887 erfolgte die Bekleidungsangelegenheit der freisinnigen „Einsparner Zeitung“, auch da hat der frühere Minister, Herr v. Büttner, es für seine Pflicht gehalten, vor dem Reichstage der Bekleidungsangelegenheit, wie sie dem Sozialistengesetz in der Sitzung vorgelegt wurde, die dortigen Landespolizeibehörden anzuweisen, daß gegen die „Einsparner Bg.“ ausgeprochene Verbot auszusprechen. Wir sind der Meinung, daß der Fall, der jetzt hier in Berlin sich abspielt, nicht, mindestens ebenso geeignet ist zum Eingreifen des Herrn Ministers, wie jener damalige.

Es habe Parteiangelegenheit die „Volkszeitung“ gehört beizugehen politischen Richtung, welche ich zu vertreten die Ehre habe, ausgeprochenem nicht an. (Abg. Anufe rechts.) Ich weiß nicht, was es bedeuten soll, wenn Sie diese Bekleidungsangelegenheit mit Grund widersprechen wird, und einem solchen unqualifizierten Sachen begreifen. Ich möchte Sie wirklich bitten, die Sache ernst zu nehmen; denn sie ist ernst genug, um Ihnen, wenigstens die Angelegenheiten aufzuklären. Es handelt sich also nicht um eine Parteisache. Die „Volkszeitung“ hat uns abgelehnt, und wir lehnen sie ab. Ich habe am weitesten Grund, irgend welche Sympathien mit der Tonart und dem gungen politischen Gehaltung dieses Berliner Blattes zu haben. Ich selbst bin wiederholt in der schärfsten Weise in der Berliner „Volkszeitung“ und auch in der letzten Zeit wegen meines gungen politischen Verhaltens in Gegenwart und Vergangenheit angegriffen worden. Aber ich vermage mir in diesem Augenblicke, das anzusehen, was ich gegen die „Volkszeitung“ in politischer Beziehung zu sagen hätte, weil ich sehe, daß ihr ein schreiendes Unrecht geschieht, und wenn das der Fall ist, läßt man keine Kritik einer Partei, die die Befugnisse der Befugnisse hat, auch nicht weniger, nicht eine Kritik des Sozialistengesetzes. Ich habe die Pflicht, die Frage streng an dem Boden des Sozialistengesetzes zu behandeln. Nur die verhängnisvollen Folgen dieses Gesetzes, über welches wir uns in nächster Zeit im Reichstage ja näher unterhalten werden, will ich nicht erheben. Wir können den Zeitpunkt heran, wo dieses Sozialistengesetz aufgehoben wird. Aber in diesem Augenblicke will ich mich mit der Debatte nicht beschäftigen lassen, auf dem Boden dieses Gesetzes stellen und von ihm diejenigen Maßregeln beurtheilen, welche die „Volkszeitung“ betroffen haben.

Ich möchte diejenigen Herren, welche nach mir reden wollen, bitten, nicht Dinge in die Debatte einzubringen, die nicht streng zur Sache gehören. (Anufe rechts.) Der Artikel vom 9. März hat in den westlichen Kreisen eine wohlthätige Wirkung erzeugt. Ich bin sehr dankbar, daß die Westfälische Zeitung, die sich mich diesem Eindruck in keiner Weise entziehen kann. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich aber einfach um die Thatsache, welche der Grund zum Recht gewesen ist. Am 17. März hat der Polizeipräsident v. Reichthofen den Redacteur der „Volkszeitung“ benachrichtigt, daß er aufgrund des § 11 Absatz 1 und 2 des Reichsgesetzes vom 21. Okt. 1878 die Nummer 75 des Blatts der „Volkszeitung“ wegen eines Artikels „Ein Gebrauchs-

